

Antrag 114/II/2025**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Social Media zu einem sicheren Umfeld für Kinder und Jugendliche machen****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

- 1 Wir unterstützen das Ziel, Kinder und Jugendliche besser vor schädlichen Inhalten auf und Gesundheitsgefähr durch übermäßige Nutzung von Social Media Plattformen zu schützen. Eine allgemeine Identifizierungs- oder Altersnachweispflicht sind hierfür aber weder technisch noch gesellschaftlich der richtige Weg. Vielmehr braucht es eine Regulierung der Plattformen, um diese für Kinder und Jugendliche zu einem sichereren Ort der digitalen Öffentlichkeit zu machen, an dem sie teilhaben können.
- 10
- 11 Wir lehnen ein pauschales staatliches Social-Media-Verbot für Minderjährige daher ab. Gleichzeitig sehen wir die Einführung verpflichtender Altersverifikationssysteme im Internet kritisch.
- 15
- 16 Stattdessen fordern wir die Verpflichtung von Social-Media-Anbietern, einen digitalen Raum zu schaffen, der für alle Menschen geeignet ist und gleichberechtigte Teilnahme aller Personen ermöglicht.
- 20
- 21 Insbesondere fordern wir ein Verbot von manipulativen Techniken, personalisierter Werbung und abhängig machenden Algorithmen sowie eine stärkere Verpflichtung von Social Media Plattformbetreibern, gemeldete Inhalte zu prüfen und strafbare sowie jugendgefährdende Inhalte auf ihren Plattformen konsequent zu löschen.
- 25
- 26 Plattformen sollen darüber hinaus verpflichtet werden, Profile speziell für Kinder und Jugendliche bereitzustellen, die freiwillig genutzt werden können.
- 31
- 32 Gleichzeitig fordern wir den Ausbau von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten zum verantwortungsvollen Umgang mit Social Media, das sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Eltern, Erziehungsberichtete und Lehrer*innen richtet.
- 37
- 38 Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem Schulfach Medienumgang und Medienkompetenz.
- 40
- 41 Die SPD setzt sich außerdem für die verstärkte Verwendung nicht-profitorientierter Social Media Plattformen ein.
- 44
- 45 **Begründung**
- 46 Die Debatte um die Nutzung von Social Media durch Kinder und Jugendliche zeigt, dass diese Plattformen längst

48 ein Ort der öffentlichen Debatte und der sozialen Teilha-
49 be geworden sind. Vereine und Initiativen informieren auf
50 Social Media über ihre Tätigkeit, Nachrichtenportale pos-
51 ten aktuelle Neuigkeiten auf ihren Profilen und sogar Be-
52 hörden und Parteien nutzen Social Media als Kanal der po-
53 litischen Debatte.

54 Ein pauschales staatliches Verbot von Social Media für
55 Minderjährige oder unter 16 Jährige würde daher nicht
56 nur den Austausch von Kindern und Jugendlichen unter-
57 einander gefährden, sondern ihre gesellschaftliche Teil-
58 habe an Orten der öffentlichen Debatte einschränken.
59 Kindern und Jugendlichen würde durch ein Verbot der
60 Nutzung von Social Media Plattformen ein wichtiger
61 Informations- und Diskussionskanal verwehrt und ihr in
62 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nation festge-
63 schriebenes Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verletzt.
64

65 Die aktuelle technologische Ausgestaltung profitorientierter Social-Media-Plattformen basiert auf dem ver-
66 stärkten Ausspielen polarisierender Inhalte und gezielter
67 Beeinflussung von Nutzer*innen. Die Plattformen erstel-
68 len für die Werbeindustrie durch Datensammlung zielge-
69 naue Profile ihrer Nutzer*innen und verkaufen die so ge-
70 sammelten personenbezogenen Daten an Werbetreibern-
71 de. Diesen Plattformen staatliche verifizierte Daten über
72 die Altersstruktur ihrer Nutzer*innen zur Verfügung zu-
73 stellen birgt erhebliche Gefahren des Missbrauchs und der
74 gezielten Manipulation durch die Plattformbetreiber*in-
75 nen.

76 Die Risiken, die sich für Kinder und Jugendliche im digita-
77 len Raum ergeben, verschwinden nicht mit dem Erreichen
78 des 18. Lebensjahres. Auch für volljährige Personen unter-
79 liegt die Nutzung von Social Media dem algorithmischen
80 Entscheidungssystem der Plattformbetreiber, das polari-
81 sierende Inhalte bevorzugt.

82 Es ist daher zu hinterfragen, ob solche Plattformen unter
83 den aktuellen Ausgestaltungen und Voraussetzungen tat-
84 sächlich als Orte der öffentlichen Debatte geeignet sind.
85 Stattdessen sind die Plattformbetreiber stärker auf die
86 Moderation der auf der Plattform verbreiteten Inhalte zu-
87 verpflichtet. Auch besser geschützte und moderierte Pro-
88 file speziell für Kinder und Jugendliche wären hier sinn-
89 voll.

90 Auch technisch sind Altersverifikationssysteme zum jet-
91 zigen Zeitpunkt nicht ausgereift. Vermeintliche Lösungen
92 mit hinterlegten Ausweisdokumenten sind exklusive, da
93 sie auch volljährige Personen ohne gültige, digital einsetz-
94 bare Ausweise von der gesellschaftlichen Teilhabe aus-
95 schließen. Kinder und Jugendliche verfügen in der Regel

101 überhaupt nicht über solche Ausweise. Für solche Systeme bedarf es zudem digitaler staatlicher Infrastrukturen, die mit offenen Schnittstellen als Altersverifizierungsstellen dienen, gegen die Plattformbetreiber ein vorgelegtes Dokument prüfen. Diese Infrastrukturen müssen sicher gestaltet sein, da sie als zentrale Datensenke viele sensible personenbezogene Daten speichern und daher ein lukratives Ziel für staatlich und nicht-staatlich motivierte Hacker*innen darstellen. Alternativ, wenn man den Plattformbetreibern die Verifizierung selbst überlässt, besteht die Gefahr, dass die Anbieter auf zu viele Daten zugreifen und diese zu Werbezwecken verkaufen.

113

114 Andere technische Altersverifikationssysteme, wie biometrische Altersabgleiche, sind extrem fehleranfällig und können keine verlässliche Aussage darüber treffen, ob eine Person 17 Jahre oder 19 Jahre alt ist.

118

119 Effektiv treffen Altersbeschränkungen und Altersverifikationen nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Nutzer*innen, da sich alle volljährigen Personen bei der Accounterstellung ausweisen müssten. Wer sich nicht ausweisen kann, wird von digitaler Teilhabe ausgesperrt.

124

125 Statt über vermeintlich naheliegende technische Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu debattieren, sind wir in der Pflicht, das Problem mit profitorientierten Social Media Plattformen ganzheitlich zu betrachten und dieses in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu setzen. Es ist daher notwendig, die Anbieter zu verpflichten, einen sicheren Raum für alle zu schaffen, indem manipulativen, algorithmisch gesteuerten Empfehlungssystemen ein Ende gesetzt wird und auf den Plattformen eine echte Moderation der Inhalte stattfindet.